

LANDTAG DES
FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN

P



JAHRESBERICHT 2020

**DER DELEGATION FÜR DIE
EWR/EFTA-PARLAMANTARIERKOMITEES**

**Parlamentarierkomitee
der EFTA-Länder (CMP)**

**Parlamentarierkomitee
der EWR/EFTA-Staaten (MPS)**

**EWR- und EU-
Parlamentarierkomitee (JPC)**

INHALTSVERZEICHNIS

I.	Einleitung.....	3
	1. Zusammensetzung der Delegation	3
	2. Allgemeines zu den EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees.....	3
II.	Handelsseminar am 4. Februar 2020 in Brüssel.....	4
III.	Die EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees während der Covid-19-Pandemie	6
IV.	Zusammenarbeit	10
V.	Kostenaufwand der Delegation.....	10
VI.	Schlusswort und Antrag	10

I. Einleitung

Mit dem Jahresbericht 2020 der EWR/EFTA-Parlamentarierdelegation wird der Hohe Landtag über die Sitzungen der Parlamentarierkomitees sowie über die Entwicklungen in diesen Gremien und in der Vertragsgemeinschaft informiert.

1. Zusammensetzung der Delegation

Die liechtensteinische Delegation für die EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees setzt sich seit der Eröffnungssitzung des Landtags vom 30. März 2017 aus folgenden Mitgliedern zusammen:

- Abg. Elfried Hasler, Delegationsleiter
- Abg. Harry Quaderer, ordentliches Mitglied
- Abg. Manfred Kaufmann, stellvertretendes Mitglied
- Stv. Abg. Michael Ospelt, stellvertretendes Mitglied
- Sandra Gerber-Leuenberger, Delegationssekretärin

2. Allgemeines zu den EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees

Das Fürstentum Liechtenstein ist in den folgenden drei Parlamentarierkomitees mit jeweils zwei stimmberechtigten Abgeordneten vertreten:

- Parlamentarierkomitee der EFTA-Länder
Committee of Members of Parliament of the EFTA Countries (CMP)
- Parlamentarierkomitee der EWR/EFTA-Staaten
Committee of Members of Parliament of the EFTA States (MPS)
- Gemeinsames EWR- und EU-Parlamentarierkomitee
Joint Parliamentary Committee (JPC)

Im Parlamentarierkomitee der EFTA-Länder (CMP) sind Parlamentarier aus Island, Liechtenstein, Norwegen und der Schweiz vertreten. Das Komitee befasst sich mit Fragen, welche die EFTA als Ganzes sowie Drittlandbeziehungen der EFTA betreffen. Dazu nehmen die Delegierten auch an Treffen mit Parlamentariern anderer Staaten teil, insbesondere mit Delegierten von EFTA-Vertragsstaaten sowie mit Vertretern aus Ländern, mit denen sich die EFTA in Vertragsverhandlungen oder die EU in Beitrittsverhandlungen befindet. Das Parlamentarierkomitee der EFTA kommt mehrmals jährlich zusammen. Dabei trifft es jährlich auch den EFTA-Ministerrat und das Konsultativkomitee der EFTA. Letzteres setzt sich aus Vertretern der Sozialpartner sämtlicher Mitgliedsländer zusammen. Sowohl das Parlamentarier- wie auch das Konsultativkomitee sind Beratungsgremien.

Mit dem Inkrafttreten des EWR wurde 1994 zusätzlich das Komitee der Parlamentarier aus den EWR/EFTA-Staaten (MPS) gebildet. Dieses befasst sich im Speziellen mit Fragen des EWR und gibt Stellungnahmen zu Angelegenheiten des EWR ab. Jährliche Treffen finden hierzu seit 2009 zusätzlich mit dem Ständigen

Ausschuss der EWR/EFTA-Minister statt. Norwegen ist im MPS mit sechs und Island mit vier Parlamentariern vertreten. Die Schweiz hat einen Beobachterstatus. Seit 2011 finden zudem sporadische Treffen mit dem am 22. Juni 2010 gegründeten informellen EWR/EFTA-Forum für Lokale und Regionale Behörden statt.

Das Gemeinsame EWR- und EU-Parlamentarierkomitee (JPC) besteht sowohl aus Mitgliedern der nationalen Parlamente der EWR/EFTA-Staaten wie auch aus einer Delegation des Europäischen Parlaments. Die Schweiz verfügt in diesem Gremium über einen Beobachterstatus. Das JPC ist nicht direkt in das EU-Beschlussfassungsverfahren involviert, kann aber in der Vorphase indirekt, zum Beispiel über die Verabschiedung von Resolutionen, am EU-Rechtsetzungsprozess mitwirken (Decision Shaping). Durch den Dialog und die Beratung trägt das Komitee zu einem besseren Verständnis zwischen der Europäischen Union und den EFTA-Staaten bei. Dazu nehmen auch Vertreter des EWR-Rats, des Gemeinsamen EWR-Ausschusses und der EFTA-Überwachungsbehörde (ESA) zwecks Informations- und Meinungsaustausch an den Sitzungen teil. Das Komitee tritt üblicherweise zweimal im Jahr zusammen.

II. Handelsseminar am 4. Februar 2020 in Brüssel

Delegation und Teilnehmer

Liechtenstein war an diesem Treffen mit den Landtagsabgeordneten Elfried Hasler als Delegationsleiter und Harry Quaderer sowie der Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger vertreten. Neben den liechtensteinischen Abgeordneten nahmen Parlamentarierdelegationen aus den weiteren EFTA-Staaten Island, Norwegen und der Schweiz teil.

Im Mittelpunkt des Treffens standen die allgemeine Handelspolitik der Europäischen Union, die künftigen Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich, die Krise in der WTO, die Handelsgespräche zwischen der Europäischen Union und den USA sowie das Phase-1-Abkommen zwischen den USA und China. Das Treffen bot Gelegenheit, sich mit verschiedenen Mitgliedern des Europäischen Parlaments, mit Vertretern der Europäischen Kommission sowie mit hochkarätigen Rednern von universitären Forschungseinrichtungen zu diesen Themen auszutauschen.

Die EU-Handelspolitik

Das Komitee traf sich mit Phil Hogan, EU-Kommissar für Handel, mit Heidi Hautala, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments und Koordinatorin für Handelsfragen der Fraktion der Grünen/EFA, und mit Karin Karlsbro, Koordinatorin für Handelsfragen der Fraktion Renew Europe.

Phil Hogan skizzierte die handelspolitischen Prioritäten der Europäischen Kommission für die kommenden Jahre. Er unterstrich, dass die Europäische Union betreffend freiem Handel und dem Funktionieren der WTO in einer Erwartungshaltung gegenüber den USA, China, dem Vereinigten Königreich und der WTO sei. Er lobte in sei-

nen Ausführungen die Handelsbeziehungen mit den EFTA-Ländern, welche einen bedeutenden Teil des gesamten EU-Handels ausmachen. Der Handel habe sich positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung und den Wohlstand der EU ausgewirkt. Es sei ein gemeinsames Ziel der EU und der EFTA, dafür zu sorgen, dass der Handel faire und nichtdiskriminierende Arbeitsbedingungen sowie den Schutz der Umwelt und des Klimas gewährleiste.

Weiter führte er aus, dass der Schwerpunkt des Handels auf der Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen liegen sollte. Dafür sei das multilaterale regelbasierte System wichtig. Die Europäische Union wolle sich konstruktiv an der Reform der WTO beteiligen, deren Regeln in den letzten 25 Jahren nicht aktualisiert wurden. Diese Regeln müssten für das digitale Zeitalter vertretbar sein, und deshalb habe die EU den Verhandlungen über den elektronischen Handel in der WTO eine Priorität eingeräumt.

Die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich

Zu diesem Thema fanden Treffen mit Clara Martinez-Alberola, stellvertretende Leiterin der Task Force der Europäischen Kommission für die Beziehungen mit dem Vereinigten Königreich, mit Hermine Gough, Direktorin für die Partnerschaft zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU an der britischen Mission bei der EU, und mit Rem Kortweg, Senior Research Fellow am niederländischen Institut für internationale Beziehungen, statt.

Clara Martinez-Alberola stellte den Entwurf des EU-Verhandlungsmandats vor, welches am 3. Februar angenommen wurde. Dieses Mandat umfasst die Verhandlungsposition der EU für eine Wirtschaftspartnerschaft, eine Sicherheitspartnerschaft und ein Regierungsabkommen. Sie betonte, dass ein Freihandelsabkommen das Kernstück der Wirtschaftspartnerschaft sein werde. Sie meinte, dass die entscheidenden Kriterien darin bestünden, einen Wettlauf nach unten in Bezug auf Standards in den Bereichen staatliche Beihilfen, Steuern, Sozial- und Umweltschutz zu vermeiden.

Hermine Gough bezog sich auf die Rede von Premierminister Boris Johnson am 3. Februar. Sie betonte, dass das Vereinigte Königreich aufgefordert worden sei, seine Wahl zu treffen, wenn es um die künftigen Beziehungen zur EU gehe. Sie sagte, dass das Vereinigte Königreich sich dafür entschieden habe, ein Freihandelsabkommen mit der EU nach kanadischem Vorbild abzuschliessen, ergänzt durch andere sektorale Abkommen in den Bereichen Fischerei, Energie und Verkehr und Zusammenarbeit bei der zivilen Kernenergie. Sie ergänzte, dass die britische Regierung keine Verlängerung der Übergangsperiode, die Ende 2020 auslaufen würde, beantragen werde. Sie schloss mit der Bemerkung, dass das Vereinigte Königreich ähnliche Abkommen mit den EFTA-Staaten haben wolle.

Rem Kortweg präsentierte die wichtigsten Herausforderungen der Verhandlungen. Neben dem sehr engen Zeitrahmen identifizierte er fünf mögliche Bereiche, die den Abschluss eines Abkommens verhindern könnten. Erstens sagte er, dass die von der EU angestrebte Nichtregression in Bezug auf die Standards für das Vereinigte König-

reich schwer zu akzeptieren sei. Zweitens wäre es seiner Meinung nach schwierig, ein Fischereiabkommen auszuhandeln. Während das Vereinigte Königreich jährlich über die Fischbestände verhandeln wolle, wünsche sich die EU ein langfristiges Abkommen. Drittens habe das Vereinigte Königreich die Absicht der EU, den EuGH im Streitfall einzuschalten, ausgeschlossen. Viertens könnten die Zollkontrollen, die in der Irischen See durchgeführt werden müssen, die Verhandlungsatmosphäre noch mehr vergiften. Bisher wurde keine Infrastruktur geschaffen. Fünftens wären auch die nicht handelsbezogenen Fragen kompliziert. Die Standards für den Datenschutz könnten den Informationsaustausch zwischen Polizei- und Justizbehörden verhindern.

Das multilaterale Handelssystem

Ebenfalls wurden das multilaterale Handelssystem, die Handelsverhandlungen zwischen den USA und China und die laufenden Gespräche zur Reform der Welthandelsorganisation mit Vertretern von Thinktanks erörtert.

III. Die EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees während der Covid-19-Pandemie

Aufgrund der Covid-19-Pandemie konnten die weiteren geplanten Treffen des EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees nicht physisch stattfinden. Das Parlamentarierkomitee traf in der Folge zu virtuellen Treffen zusammen. Anbei eine Aufstellung über die Treffen mit liechtensteinischer Beteiligung:

23. April: EFTA-CMP-Meeting / Videokonferenz

Ziel des Meetings war es, die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die EFTA-Staaten zu diskutieren. Das Komitee diskutierte die politischen Antworten ihrer jeweiligen Regierungen und die Rolle der Parlamente in den einzelnen Ländern insbesondere zu Beginn der Pandemie. Abschließend hielt das Komitee fest, dass die Rolle der Parlamente in dieser Zeit der Pandemiekrise von entscheidender Bedeutung ist, um die demokratische Rechenschaftspflicht für die getroffenen Massnahmen zu gewährleisten.

19. Mai: EFTA-CMP-Meeting / Videokonferenz

Das für den 19. Mai geplante Meeting des Gemeinsamen EWR- und EU-Parlamentarierkomitee musste aufgrund der Covid-19-Pandemie abgesagt werden. In der Folge wurde ein EFTA-CMP-Meeting organisiert. Das Komitee erörterte die Zukunftsperspektiven und die Rolle, die die EFTA-Staaten bei der Aufrechterhaltung und Entwicklung ihrer Beziehungen zur EU spielen. Als Beitrag zur Debatte waren externe Referenten eingeladen, um ihre Erkenntnisse zu diesem Thema zu präsentieren.

Botschafter Rolf Einar Fife, Vorsitzender des Ständigen EFTA-Ausschusses und Leiter der norwegischen Mission bei der EU erläuterte, wie sich die Zusammenarbeit mit der EU in den letzten Wochen durch die Struktur des Gemeinsamen EWR-Ausschusses entwickelt hat. Es fanden regelmässige Sitzungen per Videokonferenz statt und es konnten Fortschritte bei wichtigen Rechtsvorschriften erzielt werden. Er hob einige Prioritäten für die drei EWR-EFTA-Staaten wie den European Green Deal, die Modernisierung und Digitalisierung des Binnenmarktes, die Beziehungen zum Vereinigten Königreich und den neuen mehrjährigen Finanzrahmen (2021-2027) hervor. Bente Angell-Hansen, Präsidentin der EFTA-Überwachungsbehörde (ESA), erörterte die Rolle der ESA bei der Bereitstellung von Massnahmen zur Linderung der wirtschaftlichen Verluste während des Coronavirus-Ausbruchs, wie z.B. die Genehmigung von Entschädigungs- und Garantieregelungen.

Seitens Europäischer Union nahmen Kerstin Jorna, Generaldirektorin im Bereich Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum sowie kleine und mittlere Unternehmen (KMU) der Europäischen Kommission, und Andreas Schwab, EU-Abgeordneter und Vorsitzender des Gemeinsamen EWR- und EU Parlamentarierkomitees, an der Sitzung teil.

8. Juni: EFTA-CMP-Meeting und Meeting mit den EFTA-Ministern / Videokonferenz

Das geplante EFTA-Ministertreffen am 23. Juni musste aufgrund der Covid-19-Pandemie abgesagt werden. Somit trafen sich das EFTA-Parlamentarierkomitee sowie das EFTA-Konsultativkomitee am 8. Juni zu einem virtuellen Meeting mit den EFTA-Ministern. Seitens Minister waren die liechtensteinische Aussenministerin Katrin Eggenberger, der Schweizer Bundesrat Guy Parmelin, der isländische Aussenminister Guðlaugur Þór Þórðarson sowie die norwegische Staatssekretärin im Handelsministerium Lucie Katrine Sunde-Eidem vertreten.

Das Treffen bot Gelegenheit, die Empfehlungen, welche die beiden Beratungsgremien im Vorfeld des Treffens an die Minister richteten, zu diskutieren. Dabei handelte es sich um Empfehlungen im Bereich Handel, Zusammenarbeit mit der EU, Gesundheitspolitik sowie Beschäftigung- und Sozialpolitik.

Ebenfalls wurde der Stand der Freihandelsverhandlungen mit Drittstaaten erörtert. Die Verhandlungen wurden ab Februar durch die von Covid-19 verursachten Reisebeschränkungen beeinträchtigt. Der Kontakt wurde jedoch durch Videokonferenzen aufrechterhalten. Abschliessend fand ein Meinungsaustausch über die künftigen Beziehungen mit dem Vereinigten Königreich nach dessen Austritt aus der Europäischen Union statt.

25. Juni sowie 27. August: EFTA-CMP-Meeting / Videokonferenz

Die EFTA-Beratungsgremien kamen virtuell zusammen um das neue Modellkapitel zum Thema elektronischer Handel der EFTA-Freihandelsverträge mit Experten aus Verwaltung, Wissenschaft und Industrie zu diskutieren. Ausserdem wurden die Komitees seitens des EFTA-Generalsekretärs, Henri Gétaz, über die EFTA-Handelspolitik informiert.

27. Oktober: EFTA-CMP-Meeting und Meeting mit den EFTA-Ministern / Videokonferenz

Das Treffen zwischen den EFTA-Ministern, dem EFTA-Parlamentarierkomitee sowie dem EFTA-Konsultativkomitee bot Gelegenheit, Fragen im Zusammenhang mit den Freihandelsverhandlungen der EFTA zu diskutieren. Auf der Agenda standen das globale Handelsumfeld, digitaler Handel, Handel und nachhaltige Entwicklung, Transparenz in der Handelspolitik und die Beziehungen der EFTA-Länder mit dem Vereinigten Königreich. Den Vorsitz des Treffens hatte der Schweizer Bundesrat Guy Parmelin inne. Ebenfalls anwesend waren die liechtensteinische Aussenministerin Katrin Eggenberger, der isländische Aussenminister Guðlaugur Þór Þórðarson sowie die norwegische Staatssekretärin im Handelsministerium Lucie Katrine Sundevold.

Die Mitglieder der EFTA-Beratungsgremien tauschten sich mit den Ministern über den Entwurf des neuen Modellkapitels über den elektronischen Handel aus. Es wurde begrüsst, dass die Stellungnahmen der EFTA-Beratungsgremien von den EFTA-Mitgliedstaaten positiv aufgenommen wurden. Ebenfalls wurde der Bericht zum Thema «Handel und nachhaltige Entwicklung: Erfahrungen und Perspektiven der EFTA» diskutiert. Die Beratungsgremien begrüsst die Absicht der EFTA-Staaten, die Anstrengungen bei der Überwachung und Umsetzung der EFTA-Freihandelsabkommen zu verstärken und die EFTA-Beratungsgremien in diese Arbeit einzubeziehen. Der Vorsitzende berichtete weiter über Massnahmen zur Erhöhung der Transparenz der EFTA-Handelspolitik. Die EFTA-Beratungsgremien begrüsst diese Entwicklung. Auf der Tagesordnung des Treffens standen auch die Beziehungen zwischen den EFTA-Ländern und dem Vereinigten Königreich. Die Minister erläuterten die von ihnen bereits getroffenen Vereinbarungen und die laufenden Verhandlungen mit dem Vereinigten Königreich über ein Freihandelsabkommen.

Zusätzlich tauschte sich das EFTA-Parlamentarierkomitee mit Pascal Lamy, ehemaliger EU-Handelskommissar und WTO Generaldirektor, über Fragen des Welthandels aus.

16. November: Meeting des Gemeinsamen EWR- und EU-Parlamentarierkomitees / Videokonferenz

Das 54. Meeting des Gemeinsamen EWR- und EU-Parlamentarierkomitees fand per Videokonferenz statt. Die Mitglieder erörterten die jüngsten Entwicklungen im EWR. Der jährliche Bericht zum Thema «Annual Report of the EEA Joint Committee on the Functioning of the EEA Agreement in 2019» wurde von den Berichterstattern Svein Roald Hansen (Norwegen) und Andreas Schwab (Deutschland) vorgelegt. In der verabschiedeten Resolution begrüsst das Gemeinsame EWR- und EU-Parlamentarierkomitee, dass der Backlog im Jahr 2019 abgebaut und somit eine grosse Anzahl von wichtigen EU-Rechtsakten in das EWR-Abkommen übernommen werden konnte. Weiter stellte das Komitee fest, dass dieser positive Trend im 2020 an Tempo zu verlieren scheine und hält fest, dass es entscheidend sei, dass sowohl auf der EFTA- als auch auf der EU-Seite genügend Ressourcen für die Bearbeitung

der Rechtsakte bereitgestellt werden, um zu vermeiden, dass sich die Rechtsakte wieder anhäufen.

17. November: EFTA-MPS-Bureau Meeting / Videokonferenz

Ziel des Treffens war den Voranschlag 2021 der EFTA-Überwachungsbehörde zu diskutieren. Die Präsidentin der ESA stellte das Budget über EUR 19'075'400 (Vorjahr 18'313'400), was einer Erhöhung von circa 10 Prozent zum Vorjahr entspricht, vor. Trotz des Grundsatzes des realen Nullwachstums hat die ESA 2021 eine signifikante Steigerung der Ressourcen vorgeschlagen. Der liechtensteinische Beitrag am Gesamtbudget beträgt für das Jahr 2021 EUR 378'572. Die vorgeschlagene Steigerung ist insbesondere für zusätzliche Ausgaben vorgesehen, die von der ESA als Folgekosten der Covid-19-Pandemie erklärt werden, etwa aufgrund der Steigerung der Aktivitäten im Bereich staatlicher Beihilfen. Die Draft Opinion des MPS-Bureaus wurde verabschiedet.

18. November: EFTA-CMP Meeting und Treffen mit den EWR/EFTA-Ministern / Videokonferenz

Die EWR/EFTA-Minister informierten die EFTA-Beratungsgremien an diesem jährlich stattfindenden Treffen über die Schlussfolgerungen des EWR-Rats welcher davor ebenfalls virtuell stattgefunden hat. Auf Ministerebene nahmen die liechtensteinische Aussenministerin Katrin Eggenberger als Vorsitzende des Ständigen Ausschusses der EFTA-Staaten, der isländische Aussenminister Guðlaugur Þór Þórðarson und die norwegische Aussenministerin Ine Marie Eriksen Søreide teil. Aussenministerin Eggenberger informierte über die im EWR-Rat diskutierten Themen und hob die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf den Binnenmarkt hervor.

Das EFTA-Parlamentarierkomitee traf sich zu einem Austausch über den Vorschlag der Europäischen Kommission zu angemessenen Mindestlöhnen im gesamten EU/EWR-Raum. Barbara Kauffmann, von der Europäische Kommission, stellte den Vorschlag vor. Der Vorschlag wird den EU-Gesetzgebungsprozess durchlaufen und sowohl vom Europäischen Parlament als auch vom Rat der EU behandelt werden. Im Anschluss sprachen dazu auch Kira Peter-Hansen und Dennis Radtke, beide Mitglieder des Europäischen Parlaments.

Abschliessend wurden die Vorsitzenden der Komitees für das Jahr 2021 nach dem Rotationsprinzip bestellt. Vorsitzender des CMP-Komitees wird der Schweizer Nationalrat und Delegationsleiter Eric Nussbaumer. Der Abgeordnete Elfried Hasler wurde zum Vorsitzenden des MPS-Komitees bestellt.

23. und 27. November: EFTA-CMP Meeting mit Vertretern Thailands / Videokonferenz

Das EFTA-Parlamentarierkomitee traf sich mit thailändischen Vertretern, um die mögliche Wiederaufnahme der Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen der EFTA mit Thailand zu diskutieren. Das Parlamentarierkomitee traf Chuan Leekpai, Präsident der Nationalversammlung und Sprecher des Repräsentantenhauses des

thailändischen Parlaments, und mehrere Ausschussvorsitzenden des Repräsentantenhauses. Ein weiteres Treffen fand mit Sansern Samalapa, thailändischer Vizehandelsminister und seinen Mitarbeitern statt.

Das Parlamentarierkomitee unterstrich, dass es die Wiederaufnahme der Verhandlungen unterstützt und dass ein Freihandelsabkommen sowohl thailändischen als auch EFTA-Unternehmen sowie der thailändischen Bevölkerung als auch den EFTA-Staaten neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit bieten würde. Es betonte, dass die EFTA-Parlamentarier ihre volle Unterstützung für den Prozess zum Ausdruck bringen. Der Präsident der Nationalversammlung, Chuan Leekpai, führte aus, dass nach den Wahlen vom März 2019 Thailand nun auf dem Weg sei, um die Verhandlungen wieder aufzunehmen. Weiter versicherte er, dass das thailändische Parlament den Ratifizierungsprozess eines Freihandelsabkommens zwischen der EFTA und Thailand beschleunigen werde, wenn es dem Parlament zu gegebener Zeit vorgelegt werde.

Sansern Samalapa, Vize-Handelsminister, betonte, dass die EFTA und Thailand wichtige Handelspartner seien, deren Handelsstrukturen sich gegenseitig ergänzen. Es gebe zahlreiche Möglichkeiten, den bilateralen Handel und die bilateralen Investitionen weiter auszubauen.

Der liechtensteinische Delegationsleiter, Elfried Hasler, nutzte die Gelegenheit um gegenüber den Vertretern Thailands auch auf den Wunsch Liechtensteins nach einem Doppelbesteuerungsabkommen aufmerksam zu machen.

IV. Zusammenarbeit

Im Berichtsjahr ist die Zusammenarbeit zwischen der Regierung und der EWR/EFTA-Delegation des Landtages weiterhin gut verlaufen. Die Delegation stand in Kontakt mit dem Ministerium für Äusseres, dem Amt für Auswärtige Angelegenheiten, der Stabsstelle EWR sowie der Ständigen Vertretung in Genf und der Botschaft in Brüssel. So konnte gewährleistet werden, dass die liechtensteinische Aussenpolitik koordiniert wahrgenommen wurde.

V. Kostenaufwand der Delegation

Im Jahr 2020 beliefen sich die Reisekosten/Spesen der Delegation auf CHF 3'571 (Vorjahr CHF 26'267). Die Taggelder machten im Jahr 2020 CHF 12'400 (Vorjahr CHF 23'000) aus.

VI. Schlusswort und Antrag

Die liechtensteinische Delegation für die drei EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees nahm im 2020 an insgesamt 12 Arbeitstreffen während 12 Tagen teil (2019: 6 Treffen während 13 Tagen). Der vorliegende Bericht gibt einen summarischen

Überblick über die behandelten Themen. Bei Bedarf können zum vertieften Einblick Sitzungsunterlagen und Protokolle beim Parlamentsdienst eingesehen werden. Mit Ausnahme des Handelsseminars vom 4. Februar fanden alle Sitzungen aufgrund der Covid-19-Pandemie per Videokonferenz statt.

Wie in den Vorjahren beschäftigten sich die EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees auch im abgelaufenen Jahr mit zahlreichen Fragen zum EWR und des internationalen Freihandels. Liechtenstein feierte im 2020 seine 25-jährige Mitgliedschaft im EWR und seine 30-jährige Mitgliedschaft in der EFTA. Die Mitgliedschaften Liechtensteins in diesen beiden Institutionen bilden zentrale Pfeiler der liechtensteinischen Aussen- bzw. Aussenhandelspolitik. Die EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees bieten daher eine wertvolle Plattform für den gegenseitigen Austausch innerhalb der EWR/EFTA-Staaten, als auch mit Vertretern der EU sowie bestehender und potenzieller Freihandelspartner.

Mit der Regelung des künftigen Verhältnisses der EU mit Grossbritannien liegt nun seit kurzem eine Vereinbarung der EU mit einem Drittstaat vor die auch eine Messlatte für den EWR-Vertrag als auch das Verhältnis der Schweiz zur EU bildet. Die Regelung der EU mit Grossbritannien ist daher auch für Liechtenstein und die EFTA-Staaten von besonderem Interesse. Die Parlamentarierkomitees werden sich daher in den kommenden Monaten mit diesen Regelungen auseinandersetzen.

Ich danke meinen Delegationskollegen Harry Quaderer, Manfred Kaufmann und Michael Ospelt sowie der Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger für die ausgezeichnete Zusammenarbeit. Ein besonderer Dank für die sehr gute Unterstützung im Berichtsjahr gilt auch dem Amt für Auswärtige Angelegenheiten, der Stabsstelle EWR, dem EFTA-Sekretariat sowie der ständigen Vertretung in Genf und der Botschaft in Brüssel.

Wir bitten den Hohen Landtag, den Jahresbericht 2020 der Delegation für die EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees zur Kenntnis zu nehmen.

Der Delegationsleiter

Elfried Hasler

Gamprin, im Januar 2021